

# Vom Bauhof zum mittelständischen Unternehmen

## Dienstleistungsbetrieb Neu-Isenburg/Dreieich als Anstalt öffentlichen Rechts



- Beteiligte des Projekts
- Ausgangslage und Veranlassung
- Ziele des Projekts
- Vorgehensweise und Umsetzungsschritte
- Voraussetzungen für Erfolg des Projekts

# Beteiligte des Projekts



- 40.000 Einwohner
- 5 Stadtteile
- Schutzschirmgemeinde



- 36.000 Einwohner
- 2 Stadtteile
- Zwang zur Konsolidierung des Haushalts

# Beteiligte des Projekts



**Bauhof**

60 Beschäftigte

Aufgaben:

- Abfallwirtschaft
- Straßenreinigung
- Straßenbau / Verkehrssicherung
- Winterdienst
- Grünpflege



**Dienstleistungsbetrieb  
der Stadt Neu-Isenburg (DLB)**

140 Beschäftigte

Aufgaben:

- Abfallwirtschaft
- Straßenreinigung
- Straßenbau
- Verkehrssicherung
- Winterdienst
- Grünpflege
- Stadtentwässerung
- Sportstättenpflege

## Ausgangslage und Veranlassung

- Konsolidierungszwang beider Städte
- Räumliche Nähe im Kreis Offenbach
- Bisherige gute Zusammenarbeit auf Arbeitsebene
- Notwendigkeit den Bauhof in Dreieich zu sanieren bzw. neu zu bauen
- Aufgabe von zwei Grundstücken in Dreieich
- Vorhandener Neubau in Neu-Isenburg

## Ziele des Projekts


- Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und somit die Reduzierung von Kosten
- Qualitätssteigerung durch geringere Aufgabenbreite und gleichzeitig größere Aufgabentiefe (Spezialisierung)
- Verbesserung der Auslastung der jeweiligen Organisationseinheiten
- Aufrechterhalten des Dienstleistungsangebote im Hinblick auf Qualität und Quantität



**Win-Win-Situation für beide Kommunen**

# Vorgehensweise und Umsetzungsschritte

## 1. Vorgespräche

- 2009 erste Gespräche auf Ebene der Bürgermeister und der Fachbereiche
- Mietverhältnis für 3 Beschäftigte aus Dreieich beim DLB ab 4/2010 und weitere 25 Beschäftigte ab 8/2012
- Erste Gespräche mit Herrn Spandau  **ekikz** KOMPETENZZENTRUM  
FÜR INTERKOMMUNALE  
ZUSAMMENARBEIT
- Ende 2010 Gespräche mit der Kommunalabteilung im Innenministerium
- Prüfung der Voraussetzungen für eine Förderung durch die Landesregierung

# Vorgehensweise und Umsetzungsschritte

---

## 2. Voruntersuchung

- Beschlussfassung der städtischen Gremien eine Voruntersuchung durchzuführen in 6/2011
- Beauftragung der GECON (heute teamwerk\_AG) mit der Untersuchung
- Beantragung der Förderung (100.000,-EUR)
- Datenerhebung und Durchführung der Voruntersuchung von 8/2011 bis 5/2012
- Vorstellung des Ergebnisses in 6/2012



# Vorgehensweise und Umsetzungsschritte

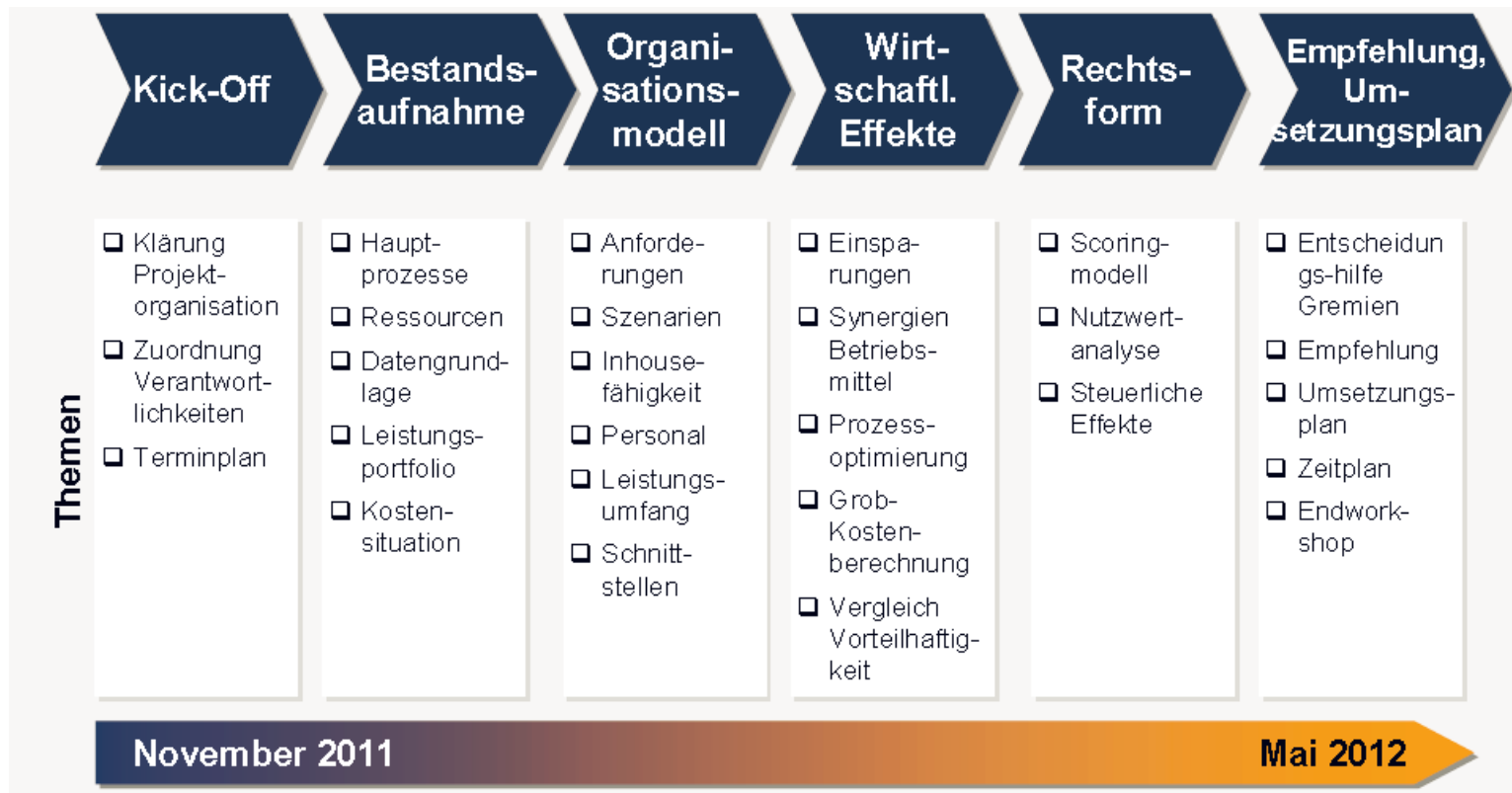
---

## 2.1 Inhalt der Voruntersuchung

- Vergleich möglicher Organisationsformen
- Rechtsstellung der einzelnen Kommunen im Verbund
- Festlegung des zukünftigen Aufgabenspektrums
- Organisationsstruktur und erforderliche Außenstandorte
- Ermittlung des erforderlichen kurz-, mittel- und langfristigen Raum- und Personalbedarfs
- Prüfung der Erweiterungsmöglichkeiten des DLB-Geländes
- Kostenabschätzung von Investitionskosten, Betriebskosten, Einsparungspotential und Fördermöglichkeiten

# Vorgehensweise und Umsetzungsschritte

## 2.2 Vorgehensschritte Voruntersuchung



# Vorgehensweise und Umsetzungsschritte

## 2.3 Ergebnis der Voruntersuchung

- Wirtschaftlichkeit
  - von relevantem Kostenvolumen von 9,2 Mio EUR / a können rund 13,8% (1,267 TEUR) eingespart werden
  - Betrag liegt unter Förderfähigkeit in Höhe von 15%
  - Einspareffekte entstehen auf beiden Seiten
  - Investition in Gebäude statt 4,6 Mio. EUR bei Erweiterung DLB nur 3,7 Mio. EUR
- Organisationsform
  - AöR ist präferierte Rechtsform
- Langfristige und nicht-monetäre Effekte
  - Langfristiger Erhalt kommunaler Arbeitsplätze
  - Know-How-Transfer
  - Ermöglichung von qualitativ hochwertigen Leistungen durch Größenvorteile

# Vorgehensweise und Umsetzungsschritte

## 2.3 Ergebnis der Voruntersuchung

- Wirtschaftlichkeit

Potenziale aus gemeinsamer Betriebsführung	936	T€/a	
Potenziale aus PPK - Vermarktung	231	T€/a	
Potenziale aus sonstigen Stoffströmen *	100	T€/a	
<hr/>			
<b>GESAMTPOTENZIALE DER IKZ</b>	<b>1.267</b>	<b>T€/a</b>	<b>13,8 %</b>

# Vorgehensweise und Umsetzungsschritte

## 2.3 Ergebnis der Voruntersuchung

### Organisationsform

1a Vertragliche Vereinbarung

- vergaberechtskonform Betriebsübergang gem. § 613a BGB!
- umsatzsteuerpflichtig (Beistellung)



1b Bestellung der Dienstleistung beim DLB

- nicht vergaberechtskonform
- umsatzsteuerpflichtig



2a Gemeinsamer Rechtsträger Aufgabenübertragung

- vergaberechtskonform
- nicht umsatzsteuerpflichtig



2b Gemeinsamer Rechtsträger Beauftragung

- vergaberechtskonform
- umsatzsteuerpflichtig



3 Aufgabenübertragung

- vergaberechtskonform
- nicht umsatzsteuerpflichtig
- Aber: ggf. eingeschränkte Steuerungsmöglichkeit für Dreieich



# Vorgehensweise und Umsetzungsschritte

---

## 3. Umsetzung des Projekts

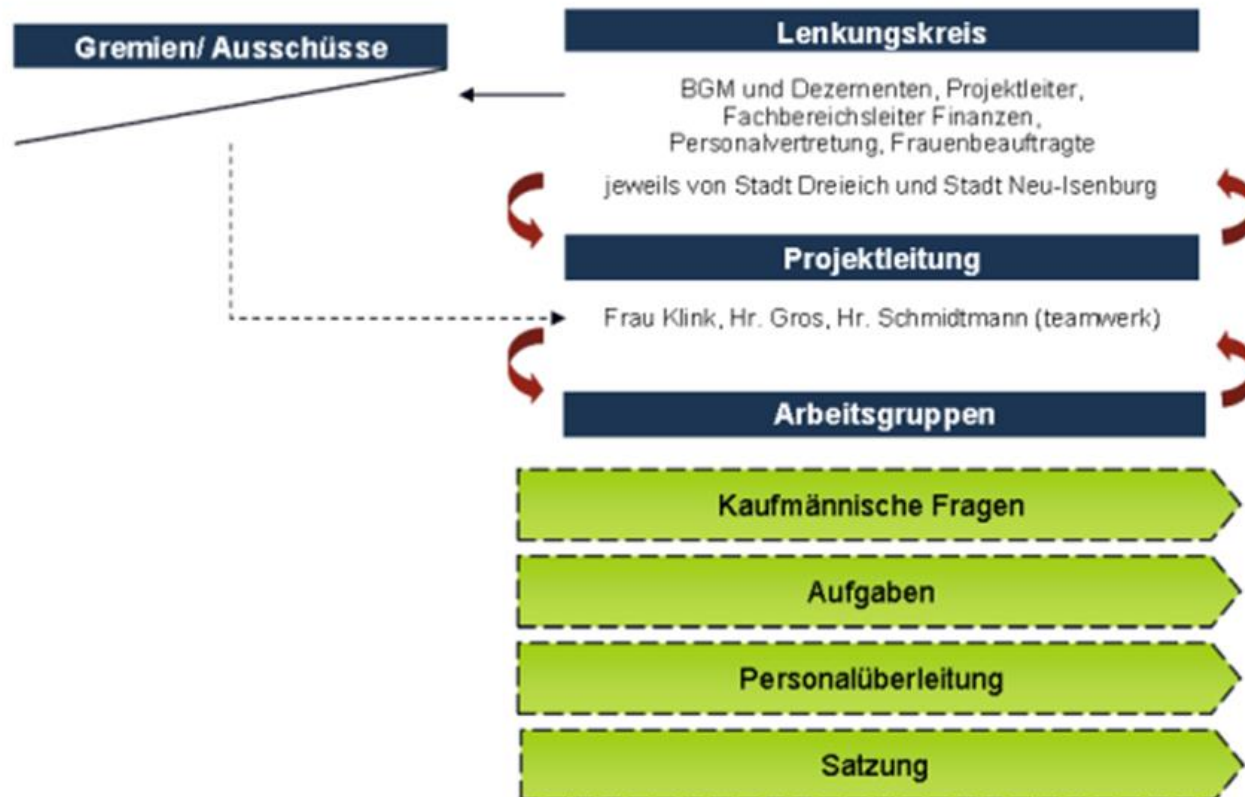
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlungen in 12/2012

### Gründung einer AÖR zum 01.01.2014

- Vorbereitung AÖR > Satzung und Verträge
- Festlegung Tätigkeitskatalog
- Erstellung Wirtschafts- und Finanzplan
- Personalüberleitung
- Ausgestaltung der Aufbauorganisation
- Definition Ablauforganisation / Schnittstelle Verwaltung Stadt
- Vorbereitung Kostenrechnung / Controlling






# Vorgehensweise und Umsetzungsschritte

## 3.1 Projektorganisation



# Vorgehensweise und Umsetzungsschritte

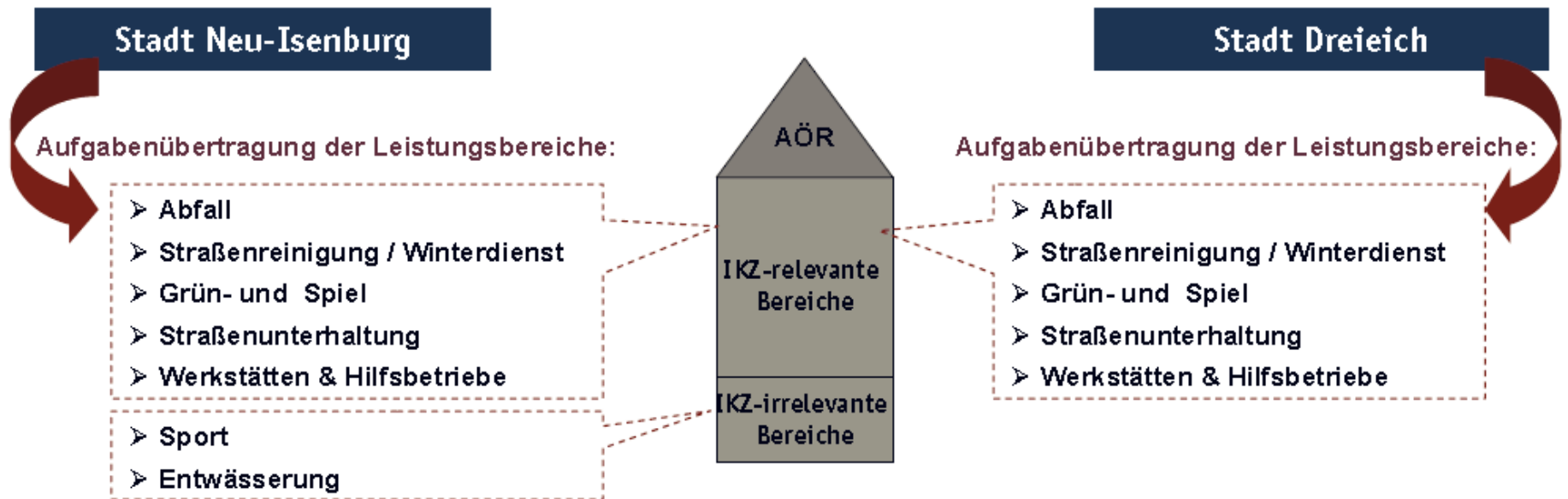
## 3.2 Arbeitsgruppen

- AG Kaufmännische Fragen
  - Wirtschafts- und Finanzplanung
  - Kostenrechnung und Controlling
  - Abschmelzungsmodell
  - Finanzierung Erweiterungsbau über Mietmodell
- AG Aufgabenzuordnung
  - Aufgabenkatalog 
  - Leistungsumfang 
  - Objektlisten 
- AG Personalübergang
  - Personalübergang nach § 613a BGB
  - Personalüberleitungsvertrag 
- AG Satzung
  - Vorbereitung eines Satzungsentwurfs 
  - Ausgestaltung weiterer notwendiger Vertragsbeziehungen



# Vorgehensweise und Umsetzungsschritte

## 4. Aufgabenübertragung an die AöR



# Vorgehensweise und Umsetzungsschritte

---

## 5. Nächste Schritte

- Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlungen zu Satzung, Wirtschaftsplan und Personalüberleitungsvertrag (PÜV)
- Zustimmung der Personalvertretungen zum (PÜV)
- Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde und der Finanzbehörde
- Vorbereitung des Bauantrages für Erweiterung DLB

## Voraussetzungen für Erfolg der IKZ

- Einstimmiger politischer Wille und Veränderungsbereitschaft von der Verwaltungsspitze bis zur unteren Führungsebene
- Vertrauen auf Ebene aller Beteiligten
- Einbindung der Personalvertretung von Anfang an
- Offene Kommunikation auf allen Ebenen bis zu den Beschäftigten
- Win-Win-Situation
- Abklärung sämtlicher gesetzlichen und vergaberechtlichen Vorgaben
- Gleichbleibende Qualität der kommunalen Leistungen für die Bürger



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!